Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

73 (29.3.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 73 | Dienstag, den 29. März 1932 | 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Gerüchte über einen Anschlag auf Reichskanzler Dr. Brüning, der über Ostern in Badenweiler war, werden dementiert.

*

Das Luftschiff „Graf Zeppelin", das in der Nacht zum Samstag in Pernambuco zum Rückflug aufgestiegen ist, wird am Dienstag in Friedrichshafen erwartet.

*

Die Warschauer Besprechungen zwischen Deutschland und Polen über die Wirtschaftsbeziehungen sind erfolgreich zum Abschluß gelangt.

*

Die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP.) veranstaltete vom Karfreitag bis Ostermontag ihren ersten Parteitag.

*

Die Nationalsozialistische Arbeiterpartei und Preußen haben den Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes angenommen.

*

Macdonald hat neben Tardieu auch den deutschen und den italienischen Außenminister zu einer anfangs April in Aussicht genommenen Donaukonferenz eingeladen.

*

Die japanische Regierung soll beabsichtigen, dem Völkerbund formell mitzuteilen, daß Japan aus dem Völkerbund austreten werde, wenn dieser auf der Anwendung des Artikels 15 auf den mandschurischen Konflikt besteht.

*

Das amerikanische Repräsentantenhaus lehnte mit 216 gegen 132 Stimmen den Zusatzantrag zur Steuernovelle ab, durch den die Herstellung von Bier mit einem Alkoholgehalt von 2,75 Prozent gestattet werden sollte.

*

In Washingtoner Kreisen betrachtet man die französischen Donaubundvorschläge als eine Ummodelierung vieler politischer Punkte des Versailler Vertrages. Man ist der Ansicht, daß die Bildung eines oder mehrerer natürlicher Wirtschaftsgebiete mit gleichförmigen Zollmauern anstelle von Zollmauern um jedes kleine Land der allgemeinen Wirtschaftsbelebung dienlich sein kann.

*

Für die bevorstehenden Landtagswahlen ist die Deutsche Volkspartei Württembergs ein Wahlbündnis mit der Volkskonservativen Vereinigung (Westarp-Treviranus) eingegangen.

*

Am Ostersonntag fanden in allen größeren Städten Irlands große Kundgebungen der irischen rublikanischen Armee statt. Ueberall wurde eine Kundmachung des Armeerates verlesen, die sich in scharfen Worten gegen die englische Herrschaft wendet u. die Errichtung einer freien irischen Republik fordert.

*

Zwischen japanischen und chinesischen Vertretern Montag erneut stattgefundene Verhandlungen blieben abermals ergebnislos. Die Chinesen fordern nach wie vor vollständige Zurückziehung der japanischen Truppen aus China.

*

Griechenland will am 1. April die Tilgung der Auslandsschulden einstellen und die Zinsenzahlung anstatt in Goldpfunden nur mehr in Papierpfunden leisten.

*

Chile hat den Goldstandard aufgegeben.

*

Nachdem in Braunschweig eine größere Kundgebung der N.S.D.A.P. nicht durchgeführt werden konnte, fand nur eine interne Arbeitstagung der Führer der Hitlerjugend statt. Hitler selbst war nicht nach Braunschweig gekommen. Die Stadt zeigte an beiden Ostertagen das sonst gewohnte Bild.

*

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin" am Ostermontag früh um 7,09 Uhr M.E.Z. auf 33 Grad Nord und 20 Grad West, ungefähr westlich von Madeira mit Kurs auf Gibraltar.

*

Auf der Parteitagung der holländischen sozialdemokratischen Partei in Haarlem wurde eine Entschließung des Hauptvorstandes gegen die Linksopposition angenommen, was die Spaltung der Partei bedeutet.

*

Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat die Reichsregierung eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung herausgebracht. Die meisten Aufgabengebiete werden dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt entzogen und dem Vorstand der Reichsanstalt übertragen. Die neue Verordnung tritt am 8. April 1932 in Kraft.

Osterbotschaft des Reichswehrministers

Königsberg, 28. März. Die Königsberger Allgemeine Zeitung bringt eine Osterbetrachtung aus der Feder des Reichswehrministers Gröner, in der es u. a. heißt: Der Reichspräsident hat Bestimmungen zur Sicherung des politischen Osterfriedens erlassen. **Der selbstmörderische Parteienstreit muß gezügelt werden, um Zeit zur Besinnung zu schaffen.** Für keinen Teil der Nation scheint mir diese Tage der Selbsteinkehr dringender zu sein als für das Land mit den „blutenden Grenzen", für Ostpreußen. Aber auch das übrige Reich hat allen Anlaß, sein Blicke in die altpreußische Provinz zu lenken; denn dort liegt ein Brennpunkt aller inneren und äußeren Nöte unseres Volkes. Das Memelland! Mit heißem Herzen, aber mit klarem Kopf stehen wir dieser Frage gegenüber. Deshalb suchen wir nach einer friedlichen Lösung; aber unsere friedliche Einstellung ist keineswegs ein Eingeständnis der Schwäche. Die deutsche Politik wird, wie es Reichskanzler Dr. Brüning kürzlich unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat, in ihrem Kampfe um das Recht keinen Schritt zurückweichen. Sie wird im Einklang mit Gesetz und Vernunft ihre gesamte Kraft dafür einsetzen, daß dem Deutschtum im Memellande seine verbrieften Rechte ungeschmälert erhalten bleiben. Ich verstehe das Gefühl der Vereinsamung und Bedrohung, das in Ostpreußen angesichts seiner isolierten Lage und angesichts des ungeheuren Mißverhältnisses zwischen unserer militärischen Macht und den Rüstungen unserer Nachbarn herrscht. Unterstützt von einer Bevölkerung, die Gut und Blut für die Verteidigung der Heimaterde einzusetzen bereit ist, bedeutet die Abwehrkraft Ostpreußens für jeden Angreifer ein starkes Risiko des Mißerfolges.

Viermächte-Konferenz in London

Deutschland, Frankreich und Italien zur Besprechung des Donauplanes nach London eingeladen

London, 28. März. Die englische Regierung hat die Regierungen Deutschlands, Frankreichs und Italiens zu einer Konferenz nach London eingeladen, um über die Frage der Donauföderation zu verhandeln. Die Konferenz soll nach dem Willen Englands so bald wie möglich — am besten im April — stattfinden. Diese offizielle Verlautbarung stützt die in der englischen Presse wiederholt vertretene These, daß ohne die gleichberechtigte Mitwirkung Deutschlands keine Entscheidung über die von Tardieu vorgeschlagene Donauföderation getroffen werden könne.

Berlin, 28. März. Wie wir erfahren, ist die Einladung der englischen Regierung zu einer Konferenz, auf der zwischen den Vertretern Deutschlands, Englands, Frankreichs und Italiens die Donaufrage besprochen werden soll, hier eingegangen. In maßgebenden Berliner Kreisen steht man der Einladung sympathisch gegenüber. Ort und Termin der geplanten Besprechungen stehen einstweilen noch nicht fest. Gegen London als Konferenzort hätte man nichts einzuwenden, wenngleich die eine oder andere Macht Bedenken dagegen äußern könnte, da die Abrüstungskonferenz am 11. April ihre Arbeiten in Genf wieder aufnimmt und die Anwesenheit führender Politiker daselbst notwendig macht. Die Regelung der noch ausstehenden Einzelheiten, insbesondere der Frage des Termins, dürfte sofort nach den Osterfeiertagen in Angriff genommen werden.

*

Observer über den englischen Konferenzvorschlag

London, 28. März. Der diplomatische Korrespondent des Observer unterstreicht, daß die Einladung des Foreign Office zur Teilnahme an der Konferenz an die deutsche, französische und italienische Regierung zugleich gerichtet wurde. Er wendet sich **gegen die Auffassung, daß Macdonald eine Zusammenkunft nur mit Tardieu anregte**, oder daß die britische Regierung eine Antwort auf das Memorandum Tardieus abgesandt oder ausgearbeitet habe. Sollte aber Tardieu einen Tag vor der Viermächtekonferenz in London eintreffen, um über die Lausanner Konferenz zu sprechen, so würde die britische Regierung natürlich bereit sein, zu hören, was er zu sagen hat. In Deutschland kursierende Gerüchte über eine neue französisch-britische Reparationsvereinbarung nennt der Korrespondent völlig unbegründet.

*

Pariser Unzufriedenheit mit der englischen Einladung an Berlin und Rom

Paris, 28. März. Während die meisten Blätter sich die Auffassung zu eigen machen, die in einer Auslassung der Agentur Havas lanziert worden war, nämlich daß Tardieu mit Macdonald anfangs April in London allein zusammenkommen und erst später eine Konferenz zu vieren stattfinden werde, erklärt „Echo de Paris" ohne Umschweife: Tardieu und Macdonald haben kein tete-a-tete. Der Londoner Berichterstatter des Blattes bemerkt. „Die englische Regierung wünschte diese von Tardieu erbetene Aussprache viel weniger lebhaft, als man sich vielleicht in Paris eingebildet hatte. Sie hat deshalb das Mittel gefunden, diese Zwiesprache zu vermeiden, indem sie offiziell mitteilte, auch Deutschland und Italien seien eingeladen worden. Tardieu wird so um den von ihm gewünschten intimen Meinungsaustausch gebracht."

*

Deutschland und die Donaupläne. — Französisch-englische Vereinigung?

T.U. **Paris**, 28. März. Es ist jetzt ziemlich sicher, daß Ministerpräsident Tardieu und Finanzminister Flandin sich am Samstag nach London begeben werden, um mit den englischen Staatsmännern sowohl über die Frage des wirtschaftlichen Donaubundes wie über das Kriegsschulden- und Tributproblem vorbereitend zu verhandeln. Der französische Wunsch, mit England zu einer Art Vereinigung zu gelangen und die Ministerbegegnung von der Viermächtekonferenz zu trennen, scheint sich also in vollem Umfange durchgesetzt zu haben. Zweifellos hat die deutsche Anregung die Viermächtekonferenz bis nach dem 10. April, dem Tage des zweiten Wahlganges, zu verschieben, der Tendenz einer solchen englisch-französischen Vereinigung Vorschub geleistet, wobei erschwerend ins Gewicht fällt, daß das deutsche Auswärtige Amt zur Zeit vom Reichskanzler mitverwaltet wird und ein besonderer Außenminister, der ohne Rücksicht auf die innerpolitischen Vorgänge in die außenpolitischen Verhandlungen hätte eingreifen können, nicht zur Verfügung steht.

Ministerpräsident Tardieu will am Sonntag abend oder am Montag früh wieder von London nach Paris zurückkehren, um sich bis zum 11. April mit wichtigen Regierungsgeschäften zu befassen. In französischen politischen Kreisen ist man mit dieser Lösung einigermaßen zufrieden und erklärt, daß Tardieu „bereit" sei, am Montag, den 11. April in Genf mit Reichskanzler Brüning, Ministerpräsident Macdonald und dem Vertreter Mussolinis zur Aussprache über die Donaufrage zusammenzutreffen. In der französischen Presse werden andererseits aber auch Befürchtungen laut, daß Macdonald zwischen Frankreich und Deutschland vermitteln und damit den Donauplan Tardieus zu Fall bringen wolle.

Italien für Donaukonferenz in London.

T.U. **Rom**, 28. März. Italien hat in London mitgeteilt, daß es die englische Einladung zur Viermächtekonferenz in London annimmt. Italien wird durch Außenminister Grandi vertreten sein. Nachträglich hört man, daß Frankreich versucht hat, die Londoner Donaukonferenz auf Frankreich und England zu beschränken und Deutschland und Italien auszuschalten. Das halbamtliche „Giornale d'Italia" erklärt, die Konferenz der vier Mächte scheine nun für die nächste Woche gesichert zu sein. Hingegen sei die ursprünglich vorgeschlagene Konferenz der fünf Donaustaaten offenbar aufgegeben worden. Hinsichtlich der bevorstehenden Londoner Konferenz hält das Blatt Zurückhaltung für geboten, um die ohnehin verwickelte Aufgabe der Diplomaten nicht zu erschweren.

Die von Paris aus verbreiteten Meldungen über ein französisch-italienisches Flottenabkommen sind nach wie vor falsch. An dem Stand der Dinge hat sich nichts geändert, ebenso wenig sind zur Zeit irgend welche Verhandlungen im Gange. Es mag lediglich zutreffen, daß der Pariser italienische Botschafter im Anschluß an die Senatsrede Tardieus mit diesem unverbindlich auch über die Flottenfrage gesprochen hat. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß Italien vor den französischen Wahlen auf die wiederholten französischen Vorschläge eingeht. Die italien-freundliche Rede Tardieus hat in Italien augenscheinlich keinen großen Eindruck gemacht. Der „Tevere" erinnert daran, daß Tardieu schon seit vielen Jahren von dem italienisch-französischen Beziehungen rede. Im übrigen hält das Blatt den Franzosen ein kürzlich erschienes französisches Buch vor, in dem angebliche Kriegsabsichten Italiens auf Nordafrika usw. geschildert werden, gleichzeitig aber der Wert der italienischen Truppen erheblich angezweifelt wird.

Washington und die Donaupläne. — „Wirtschaftliche Ummodellierung des Versailler Vertrages".

T.U. **Washington**, 28. März. Infolge einer leichten Grippe Stimsons ist die Konferenz mit Norman H. Davis, dem Mitglied der Vereinigten Staaten auf der Abrüstungskonferenz, nicht zustande gekommen. In amtlichen Kreisen Washingtons richtet sich die Aufmerksamkeit auch mehr auf die Donaupläne als auf die Abrüstung. In maßgebenden Kreisen betrachtet man nämlich die französischen Donauvorschläge tatsächlich als eine Ummodellierung vieler politische Punkte des Versailler Vertrages in wirtschaftlichen Bestimmungen. Es herrscht die Auffassung vor, daß Deutschland mit Frankreich übereingekommen ist, dem beabsichtigten Donaubund nicht zu widersprechen und keine besonderen wirtschaftlichen Vorteile anzustreben. Eine derartige Zustimmung Deutschlands würde nach Auffassung Washingtoner politischer Kreise bedeuten, daß Deutschland darauf verzichtet, später die deutsch-österreichischen Zoll-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

unionspläne wieder aufleben zu lassen. In amtlichen Kreisen übt man zwar vorläufig noch Zurückhaltung, doch wird der Donaubundplan offenbar begünstigt. Es herrscht die Ansicht vor, daß die Bildung eines oder mehrerer natürlicher Wirtschaftsgebiete mit gleichförmigen Zollmauern anstelle von Zollmauern um jedes kleine Land der allgemeinen Wirtschaftsbelebung dienlich sein kann.

Das Verhandlungsprogramm für die Donaukonferenz der vier Mächte.

T.U. **London,** 26. März. Die Konferenz der Vertreter der vier Großmächte soll sich nach englischer Auffassung mit dem wirtschaftlichen Verhältnis der Donaustaaten, sowie der Hilfeleistung durch zeitweilige Kredite und späterhin — nach Durchführung finanzieller Reformen — mit langfristigen finanziellen Maßnahmen befassen. England strebt an, die Zusammenkunft in der Zeit vom 13. April stattfinden zu lassen. Da das Parlament dann noch in den Ferien ist, so kann man dann noch seine ganze Aufmerksamkeit der Konferenz schenken.

Es werde, wie der „Star" meldet, zunächst Aufgabe der Besprechungen sein, zu entscheiden, ob zuerst die Großmächte zu einer einheitlichen Auffassung gelangen sollten oder ob die fünf kleineren Staaten an der Donau zuerst unter sich eine Einigung erzielen müßten. Während der Zusammenkunft würden die Aussichten der Lausanner Konferenz einschließlich der Frage der Tribute und Kriegsschulden zur Sprache kommen.

Zollfrieden mit Polen

Wiederherstellung der Einfuhrmöglichkeiten von 1931

Warschau, 28. März. Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen sind durch einen Notenaustausch zwischen dem deutschen Gesandten in Warschau, von Moltke, und dem polnischen Außenminister Zaleski zu einem positiven Abschluß gebracht worden.

Ueber den Inhalt der Vereinbarungen wird u. a. folgendes bekannt: Das Ziel der Besprechungen, einer weiteren Verschärfung des Zolltrieges vorzubeugen, und die aus der letzten Zeit stammenden neuen Beschränkungen des Handels nach Möglichkeit zu beseitigen, ist erreicht worden. Im großen und ganzen sind die Einfuhrmöglichkeiten des Jahres 1931 beiderseits wieder hergestellt. Polnischerseit werden für diejenigen Waren, für die nach dem 31. Dezember 1931 neue Einfuhrverbote in Kraft getreten sind, **Einfuhrkontingente gewährt,** während deutscherseits die **Anwendung des Obertarifs gegenüber Polen entsprechend eingeschränkt wird.** Die polnische Regierung wird ihrerseits die Anwendung des Maximaltarifes gegenüber Deutschland auf diejenigen Waren beschränken, die bisher Kampfeinfuhrverboten unterworfen waren.

Das glückliche Ende dieser Verhandlungen ist für Deutschland sowohl wie für Polen insofern von besonderer Bedeutung, als es die Gefahr eines hundertprozentigen Zolltrieges, die in den letzten Wochen bestand, beseitigt.

Das endgültige amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl

Berlin, 28. März. Das endgültige amtliche Ergebnis der Reichspräsidentenwahl vom 30. März 1932 liegt nunmehr vor. Danach betragen, bei einer Wohnbevölkerung des Deutschen Reichs von insgesamt 62 410 619 Personen nach dem Stande vom 16 Juni 1925 die Zahl der Stimmberechtigten nach der Stimmliste 43 248 593, nach den angegebenen Stimmscheinen 685 738, insgesamt 43 934 331. Von den Stimmberechtigten haben sich an der Wahl beteiligt 37 889 626 gleich 86,2 Prozent. Davon waren 37 647 115 Stimmen gültig und 242 511 Stimmen ungültig. Von den gültigen Stimmen lauten auf **Düsterberg** 2 557 590 (6,8 Prozent), **v. Hindenburg** 18 650 730 (49,6 Prozent), **Hitler** 11 229 285 (30,1 Prozent), **Thälmann** 4 983 197 (13,2 Prozent) und auf **Winter** 111 432 (0,3 Prozent). Zersplittert waren insgesamt 4881 Stimmen.

Eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung

T.U. **Berlin,** 27. März. Wie der „Vorwärts" meldet, hat die Reichsregierung eine Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Arbeitslosenversicherung herausgebracht. Die meisten Aufgabengebiete werden dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt entzogen und dem Vorstand der Reichsanstalt übertragen. Im Verwaltungsrat und Vorstand der Reichsanstalt sollen in Zukunft dieselben Personen Mitglieder sein. Die Zahl der Beisitzer im Verwaltungsrat der Reichsanstalt und in den Verwaltungsausschüssen der Landesarbeitsämter und Arbeitsämter wird verringert. Die Verwaltungsausschüsse, die bisher vierteljährliche mindestens einmal tagen mußten, brauchen in Zukunft nur noch einmal jährlich einberufen werden. Beiträge, die später als einen Monat nach Fälligkeit entrichtet werden, sind künftig für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse nicht mehr zu berücksichtigen. Eine Ausnahme wird nur noch gemacht, soweit und solange der Arbeitslose das ihm geschuldete Arbeitsentgeld noch nicht erhalten hat. Die neue Verordnung tritt am 8. April 1932 in Kraft. Die Umbildung der Organe und ihrer Ausschüsse hat sobald wie möglich, spätestens bis zum 23. Juli 1932 zu erfolgen.

Preußen gibt Material der NSDAP. zurück

Die nationalsozialistische Klage gegen Preußen

Leipzig, 28. März. Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich verhandelte bekanntlich vor Ostern die **nationalsozialistische Klage gegen Preußen** wegen der Vornahme von Durchsuchungen und Beschlagnahmungen bei der nationalsozialistischen Partei. Der Vertreter Preußens betonte, daß der konkrete Anlaß zu der preußischen Polizeiaktion **ein Schreiben des Reichsinnenministers Dr. Gröner** vom 8. März an den preußischen Innenminister gewesen sei. Diesem Brief zufolge habe eine Persönlichkeit, die mit den Verhältnissen in der SA. genau vertraut sei, dem Minister Gröner mitgeteilt, daß mit einem Handstreich der SA. zu rechnen sei. Der Reichsinnenminister habe, erklärte der preußische Vertreter weiter, den preußischen Innenminister gebeten, das Notwendige zu veranlassen. Reichsgerichtspräsident Bumke schlug am Schluß der Sitzung vor, den nationalsozialistischen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung durch einen Vergleichsvorschlag zu erledigen.

*

Halbamtliche Erklärung zum Gröner-Brief

Von der zuständigen Stelle der Reichsregierung wurde eine **halbamtliche Auffassung** zu dem in Leipzig mitgeteilten Brief Herrn Gröners verbreitet. Danach ist es in aufgeregten Zeiten stets vorgekommen, daß derartige **Informationen** über Putschpläne, wie sie der Brief enthält, an den Reichsinnenminister gelangt sind. Es sei auch amtsüblich, daß derartige Informationen an die Regierungen der Länder weitergegeben würden. Von der Absendung des Briefes bis zu den polizeilichen Haussuchungen in Preußen seien also neun Tage vergangen. Die Aktion sei deshalb — und hier unterscheidet sich die amtliche Stellungnahme besonders kraß von den Ausführungen des preußischen Regierungsvertreters während der Leipziger Verhandlungen — **nicht etwa durch den Brief des Reichsinnenministers hervorgerufen, sondern auf die eigene Initiative des preußischen Innenministers Severing ins Werk gesetzt worden.** Dieser habe auch noch andere Mitteilungen über die SA. erhalten, die ihn zu der Polizeiaktion veranlaßt hätten. **Jedenfalls sei eine Anregung dazu von seiten des Reichsinnenministeriums nicht ergangen.**

*

Das Ergebnis der Bemühungen des Reichsgerichtspräsidenten

Die Vergleichsverhandlungen, die der Präsident des Reichsgerichts, Dr. Bumke, in der Streitsache der NSDAP. gegen die preußische Regierung vor dem Staatsgerichtshof in Gang gebracht hatte, haben damit geendet, daß beide Parteien folgenden **Feststellungen** des Reichsgerichtspräsidenten zugestimmt haben:

Die Antragsteller (die NSDAP.) haben von dem Wortlaut der Verfügung des Landeskriminalamts Berlin vom 13. bis 17. März und von der Anordnung des preußischen Ministers des Innern vom 22. März Kenntnis genommen. Sie gehen hiernach davon aus, daß das gesamte über diese Anordnungen hinaus noch in polizeilichem Gewahrsam befindliche **Material unverzüglich** an die Stellen der NSDAP., bei denen es erfaßt worden ist, **zurückgegeben** werde.

Die Antragsgegner (die preußische Regierung) stellen fest, daß die Verfügung des preußischen Ministers des Innern vom 22. März vor Zustellung der Klage und unabhängig davon erlassen worden war. Sie stellen ferner fest, daß der Sinn dieser Anordnung nur war, auf genaue Beachtung der in der Verfügung des Landeskriminalamts Berlin vom 15./17 März bezeichneten Grenze nochmals hinzuwirken.

Die Beteiligten sind sich weiter darüber einig, daß durch diese Erklärungen der Antrag **auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung erledigt** sein soll. Beide Teile behalten sich vor, im Verfahren zur Hauptsache ihre Rechtsauffassung zur Geltung zu bringen und auch nach der tatsächlichen Seite hin mit weiterem Material zu belegen.

Das eigentliche Verfahren nimmt also seinen Fortgang. Nur der Antrag der Nationalsozialisten, das beschlagnahmte Material sofort zurückzugeben, ist durch die gegenseitigen Erklärungen und die Feststellungen erledigt.

Drohung Japans mit Austritt aus dem Völkerbund

Tokio, 28. März. Nach Blättermeldungen beabsichtigt die Regierung, dem Völkerbund formell mitzuteilen, **daß Japan aus dem Völkerbunde austreten werde, wenn dieser auf der Anwendung des Artikels 15 im gegenwärtigen mandschurischen Konflikt bestehe.**

Einer Meldung der japanischen Telegraphenagentur aus Tokio zufolge erklärte **Kriegsminister Araki** zu den Gerüchten, daß Japan, falls Artikel 15 des Völkerbundspaktes in der mandschurischen Frage Anwendung finden sollte, aus dem Völkerbund austreten würde: Japan werde, bevor es einen Beschluß fasse, das Ergebnis der **Arbeiten der Enquetekommission des Völkerbundes abwarten. Japan werde sich dann vergewissern müssen, ob der Völkerbund dabei bleibe, die Gründe, die die Haltung Japans bestimmt hätten, zu verkennen.**

Unvermeidlich?

T.U. **Moskau** (über Kowno), 29. März. Die amtliche Heeres zeitung „Der Rote Stern" schreibt in ihrer Sonntagsausgabe, daß ein Krieg zwischen Amerika und Japan um die Beherrschung des Stillen Ozeans „unvermeidlich" sei. In einigen politischen Kreisen glaube man an die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens Amerikas und Sowjetrußlands, um den „japanischen Eingriffen auf dem asiatischen Festlande" entgegen zu treten.

Wieder ergebnislose chinesisch-japanische Verhandlungen

T.U. **Schanghai,** 28. März. Am Montag nachmittag fand auf dem englischen Konsulat in Schanghai eine neue Vermittlungskonferenz zwischen japanischen und chinesischen Vertretern statt, die jedoch vollkommen erfolglos blieb. Die Japaner erklärten sich bereit, ihre Front auf die Linie Wusung-Kiangwan-Tschapei zurückzunehmen. Die Chinesen lehnten jedoch dieses Angebot ab und bestanden auf ihrer Forderung, daß die japanischen Truppen völlig aus China zurückgezogen würden.

Venizelos will zurücktreten

Athen, 28. März. Die Zeitungen veröffentlichen eine Mitteilung des Ministerpräsidenten Venizelos an eine Versammlung politischer Führer, die unter dem Vorsitz von Zaimis stattgefunden hat. Diese Mitteilung lautet zum Schluß: Die Frage, vor der wir hauptsächlich stehen, ist, ob eine fünfjährige Aussetzung der Amortisierung eine noch gründlichere Erleichterung dieses niederdrückenden Teiles unserer Verpflichtungen suchen muß. Im Maße der Einigung der politischen Parteien eine so grundlegende Wichtigkeit bei, daß ich bereit wäre, im Fall, daß die politischen Parteien übereinkämen, sich für gründlichere Lösungen auszusprechen als die, die ich vorschlage, meinen Platz zu verlassen, damit **eine Regierung breiter Konzentration** oder eine Regierung der nationalen Einigung gebildet werden könnte, die ich ohne Vorbehalte unterstützen würde.

Regierung Venizelos bleibt. — Teilweise Zahlungseinstellung.

T.U. **Athen,** 28. März. In der zweiten Konferenz der Regierung mit den Parteiführern unter Vorsitz des Staatspräsidenten Zaimis wurde, da der Royalistenführer Tsaldaris den Eintritt in eine Koalition verweigerte, beschlossen, daß die Regierung Venizelos weiter im Amte verbleibt. Wahrscheinlich wird lediglich eine Umbildung der Regierung vorgenommen werden. Gleichzeitig hat die Regierung Venizelos die internationale Finanzkommission davon in Kenntnis gesetzt, daß Griechenland ab 1. April die Tilgung der Auslandsschulden einstellen und die Zinsenzahlung anstatt in Goldpfund nunmehr nur noch in Papierpfunden leisten wird.

In zwölfter Stunde

Roman von Hans Otto

Urheberrechte: Literatur-Verlag Gloria, Berlin-Steglitz

13. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Willkommen, Herr Markwald! Was verschafft mir das Vergnügen, Sie bei mir zu sehen?"

„Verzeihung, gnädiges Fräulein, ich komme im Auftrage meiner Schwester. Ich sollte mich nach Ihrem Befinden erkundigen."

„Wie nett von Ingelinde, und schönen Dank, daß Sie sich zu mir bemüht haben."

„O bitte, ich bin sehr gern gekommen."

„Wie geht es Ingelinde? Ist sie noch immer in ihrer Stellung bei der Staatlichen Porzellan-Manufaktur?"

„Ja ja, natürlich! Sie nimmt ja dort einen bevorzugten Posten ein, ihre Dienste werden sehr geschätzt. Neulich hat sie ein neues Tafelservice entworfen, das sofort von einem amerikanischen Milliardär angekauft wurde."

„Das ist ja eine wahre Freudenbotschaft! Ja, ja, ein phantasiereiches Köpfchen hat sie schon immer gehabt. Aber bitte, nehmen Sie doch Platz! Sie trinken doch mit mir ein Täßchen Kaffee?"

„Wenn ich nicht störe, gern!"

Ingenieur Willy Markwald hatte eben seinen Platz eingenommen, als er wieder aufsprang.

„Mein Gott, ich habe ja die Blumen draußen liegen lassen!"

Elli sah dem Davoneilenden lächelnd nach. Das war mal wieder so ganz der gute Willy Markwald, immer überlegend, und dabei das meiste vergessend. Ein herzensguter und grundgescheiter Mensch, der nicht umsonst eine hochbezahlte Stellung bei dem größten Elektrokonzern innehatte. Trotz seiner Jugend hatte er auf dem Gebiete des Funkwesens schon namhafte Erfindungen gemacht. Wenn er nur ein klein bißchen mehr ins Leben hineingepaßt, den Anforderungen des Alltags nicht so hilflos gegenüber gestanden hätte.

Was mochte ihn eigentlich hergeführt haben? Lediglich Ingelindes Sorge um ihr Wohlergehen? Ausgeschlossen! Aber was sonst?"

Während beide am Kaffeetisch saßen und plauderten, bemerkte sie, daß Markwald von einer Unruhe beherrscht wurde, die ihr zuerst rätselhaft war, deren Ursache sie jedoch sehr bald erkannte und dabei auch den Zweck seiner Anwesenheit. Kein Zweifel, dieser Besuch sollte eine Annäherung sein.

Nie hatte sie ihm gegenüber auch nur im geringsten tiefere Gefühle für ihn erkennen lassen, die sie ja auch gar nicht für ihn hegte. Nein, sie liebte ihn nicht; alles was sie für ihn empfand, war Mitleid mit seiner Hilflosigkeit dem Leben gegenüber. Und nun war er gekommen . . ."

„Mich hat noch eine besondere Angelegenheit zu Ihnen geführt, gnädiges Fräulein."

„Um Gotteswillen," durchfuhr es sie, „er wird doch jetzt nicht etwa mit einer Liebeserklärung herauskommen?" Die Absage, die sie ihm geben mußte, würde ihr sehr peinlich sein.

„Ich nehme wenigstens an, daß Sie dafür Interesse haben werden, weil sie den Flugsport betrifft oder vielmehr die Luftfahrt im allgemeinen."

Elli atmete auf und fragte wie erlöst:

„Haben Sie eine neue Erfindung gemacht?"

„Eine Verbesserung des von mir geschaffenen Kurzwellensende- und Empfangsapparates ist mir gelungen, der ganz besonders für Flugzeuge Verwendung finden soll. Er ist so einfach und leicht handlich, daß ihn der Führer des Flugzeuges ohne Schwierigkeit bedienen kann; dabei ist er von so vorzüglicher Lautstärke und Reichweite, daß das Motorengeräusch wenig stört. Nicht wahr, so etwas interessiert Sie doch?"

„Aber natürlich, Herr Markwald, außerordentlich! Bitte, erzählen Sie mir mehr davon!"

„Gern. Wichtig ist natürlich, daß Sie den Apparat in Tätigkeit sehen. Wollen Sie zu einer Vorführung kommen?"

Elli bejahte.

„Wann wird es Ihnen recht sein?"

Die Flurglocke läutete stürmisch und wenig später trat Rudi Bartelt zu den beiden ins Zimmer.

„Hallo, da bin ich!" Bei Markwalds Anblick stutzte er. Ihm fiel ein, was Dieter Helling ihm vor seiner Abreise nach Utingen telefonisch mitgeteilt hatte. Also beruhte es auf Wahrheit, daß Elli und der junge Ingenieur einander näherstanden. „Verzeihung, wenn ich ungelegen komme. Wenn Sie mir nicht telefonisch gesagt hätten . . ."

„Aber das ist ja Unsinn," fiel Elli ihm ins Wort. „Sie kommen gar nicht ungelegen. Im Gegenteil, ich habe Sie schon sehnsüchtig erwartet."

„Soso, na dann bin ich beruhigt. — Grüß Gott, Herr Markwald! Hoffentlich geht's Ihnen so gut, wie es mir schlecht geht."

„Wieso geht es Ihnen denn schlecht? Sie sehen doch ganz gut aus, haben ein volles Gesicht, gesunde Hautfarbe und Ihre Augen sind so lebhaft wie immer."

„Soll sein. Hunger leide ich ja auch gerade nicht, aber . . . ich bin nur dazu da, um die Triumphe anderer zu verherrlichen, ohne selbst einmal einen zu erleben. Weiß Gott, ich möchte mal etwas ganz Großes erleben. Einen Plan habe ich schon, und Sie Fräulein Brunke, müssen mitmachen. Einen Flug müssen wir ausführen! Etwas noch nie Dagewesenes auf das Filmband bringen."

„Herrlich! Wohin soll der Flug gehen?"

„Fräulein Brunke, Sie treffen mich ins Herz! Da ist es ja eben, warum es mir so schlecht geht: ich habe keine Ahnung, wohin wir fliegen könnten."

„Einen großen Flug wollen Sie ausführen?" mischte sich Markwald ein. „Da habe ich sofort eine Bitte an Sie. Benutzen Sie dabei meinen verbesserten Kurzwellenapparat, den ich gern auf weitester Strecke ausprobieren möchte."

„Mit dem größten Vergnügen, Herr Markwald, nur sagen Sie mir, wo ist das Erdenfleckchen, das die gesamte Menschheit interessiert? Tun Sie mir den Gefallen, zerbrechen Sie sich den Kopf darüber, während ich mich jetzt mit Fräulein Brunke unterhalte, wie wir am besten und vollständigsten das große Rennen auf dem Nürburgring auf die Leinwand bringen."

8. Kapitel.

Auf dem Nürburgring herrschte Hochbetrieb: nicht nur auf der Bahn selbst, denn allmählich hatten sich alle diejenigen eingefunden, die an dem Ausgang des Rennens besonders interessiert waren. Zuschauer aus allen Herren Länder umlagerten die Bahn und tauschten ihre Meinungen über die Aussichten der einzelnen Konkurrenten aus.

(Fortsetzung folgt.)